

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

05.03.2024

Inhalt

EWN

- 1 | **Rügener LNG-Terminal speist bei Probetrieb erstmals Gas ein**
Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 05.03.2024 3
- 2 | **Castor-Transporte sollen im Sommer starten**
Kölner Stadt-Anzeiger Köln linksrheinisch, 05.03.2024 4

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 05.03.2024 | S. 17

📄 Auflage: 24.096 | Reichweite: 79.409

👤 Christopher Hirsch

Rügener LNG-Terminal speist bei Probetrieb erstmals Gas ein

Der Winter ist nicht mehr lang. Das umstrittene Rügener LNG-Terminal soll vor dem Ende betriebsbereit sein. Nun wurde im Probetrieb erstmals Gas eingespeist.

Im Rahmen des laufenden Probetriebs hat das umstrittene Rügener Terminal für Flüssigerdgas (LNG) erstmals Gas ins Netz eingespeist. Laut im Internet zugänglichen Netzdaten wurde bereits am vergangenen Freitag erstmals Gas in die rund 50 Kilometer lange Anbindungsleitung in Richtung Festland eingeleitet. Den vorläufigen Daten zufolge gab es auch an den beiden Tagen des Wochenendes und am Montag Gasströme. Die Betreiberfirma des Terminals, die Deutsche Regas, äußerte sich auf Anfrage zunächst nicht.

Als erstes der beiden für Rügen gedachten schwimmenden Terminals hatte kürzlich das fast 300 Meter lange Spezialschiff „Energos Power“ den Hafen von Mukran erreicht. Der Testbetrieb ist bereits genehmigt, der Regelbetrieb bislang nicht. Die Gemeinde Binz hat bereits angekündigt, bei Erteilung der Genehmigung umgehend Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einzureichen.

Das verflüssigte Gas, das die „Energos Power“ mit nach Rügen gebracht hat, stammt früheren Angaben zufolge aus Norwegen. Es wird an Bord aufgeheizt, wieder in einen gasförmigen Zustand gebracht und

dann eingespeist. Später sollen Tanker das Terminal mit LNG beliefern.

Seit einem Jahr gibt es Widerstand gegen das Terminal etwa in Form von Protesten, Blockadeaktionen oder gerichtlicher Eilverfahren. Kritiker sprechen von nicht benötigten Überkapazitäten sowie Gefahren für Umwelt und den Tourismus.

Die Bundesregierung hält das Terminal hingegen für notwendig „als wesentliche und notwendige Versicherung gegen eine mögliche Gasverknappung oder gar einen Gasmangel erforderlich“, wie das Bundeswirtschaftsministerium in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage jüngst erklärt hat.

Der Bund hatte den Aufbau der LNG-Importinfrastruktur in Form von Terminals an Nord- und Ostsee unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine forciert, um unabhängiger von russischen Gaslieferungen zu werden. Schwimmende Terminals werden bereits im niedersächsischen Wilhelmshaven und in Brunsbüttel in Schleswig-Holstein betrieben. Mit Stade in Niedersachsen soll demnächst ein weiterer Standort an den Start gehen.

Castor-Transporte sollen im Sommer starten

Mit der Genehmigung für Fahrten nach Ahaus mit Atommüll aus Jülich wird in Kürze gerechnet - Gegner formieren sich

Jülich/Düsseldorf - Die Demonstration findet am Dienstag vor dem Büro der Grünen in Jülich statt. Dort wollen Atomkraftgegner gegen die Parteiführung protestieren. Die Aktivisten von "Ausgestrahlt" werfen der Ökopartei Untätigkeit vor. Es geht um die bevorstehenden Atommüll-Transporte von Jülich nach Ahaus.

"Es droht die größte Castor-Lawine aller Zeiten", kritisiert Helge Bauer von der Anti-Atom-Organisation. Statt die gefährlichen Transporte zu verhindern, ließen sich die Grünen von der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) "seit Jahren auf der Nase herumtanzen".

Im Jülicher Grünen-Büro wird nämlich hoher Besuch erwartet. Die grüne NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und Parteichef Omid Nouripour wollen dort mit Bürgerinitiativen über den aktuellen Stand bei den Atommüll-Transporten diskutieren. Dem Austausch geht ein Termin der beiden Spitzen-Grünen bei der JEN voraus.

Das Unternehmen plant, 152 Castoren auf Spezialfahrzeugen ins Münsterland zu verlagern. Ein JEN-Sprecher sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", die Transportgenehmigung werde "in Kürze" erwartet. Vor Ostern sei aber wohl nicht mit dem Startschuss zu rechnen. "Wir peilen den Beginn der Transporte aktuell im Sommer an", hieß es.

Vorbereitung fast abgeschlossen

Die technischen Arbeiten seien "so gut wie abgeschlossen", teilte der Sprecher unserer Zeitung mit. Bei einigen wenigen Komponenten der Transporteinheiten würden "noch letzte Funktions- und Abnahmeprüfungen" durchgeführt, die von der Genehmigungsbehörde, dem Bundesamt für Nukleare Entsorgung (BfNE), begutachtet werden müssten. Vor Weihnachten hatte bereits ein Probetransport mit einem leeren Behälter über die 170-Kilometer-Distanz stattgefunden. Dieser verlief laut JEN ohne Probleme.

Die Atomkraftgegner hoffen darauf, dass die umstrittene Aktion noch in letzter Sekunde gestoppt werden kann. An der Zukunft der Castoren, in denen sich Abfälle aus dem ehemaligen Versuchsreaktor in Jülich befinden, scheiden sich seit Jahren die Geister. Sicherheitsaspekte, aber auch die Kosten polarisieren.

Die Atomkraftgegner sehen in den Atomtransporten nach Ahaus ein hohes Risiko. Da die bisherige Lagerhalle nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entspricht, plädieren sie dafür, ein neues Lager im Umfeld des Forschungszentrums Jülich zu erreichen. Das Land verhandelt bereits über den Kauf des Geländes, Umweltverträglichkeitsprüfungen wurden durchgeführt. Ein Neubau wäre machbar - kostet aber viel Geld und ist kurzfristig nicht zu realisieren. Experten rechnen mit Kosten von 550 Millionen Euro und einer Bauzeit von neun Jahren bis zur Fertigstellung.

Die Transporte wären eine schnelle Lösung, aber auch keine endgültige. Im Zwischenlager Ahaus ist zwar viel Platz, aber die Genehmigung der Anlage läuft 2057 ab. Sollte bis dahin kein Endlager gefunden sein, müsste die Castoren möglicherweise erneut transportiert und zwischengelagert werden. Die Stadt Ahaus hat gegen die Einlagerungsgenehmigung der Castoren im dortigen Zwischenlager beim Oberverwaltungsgericht Klage eingereicht und will auch gegen die Transportgenehmigung juristisch vorgehen, sobald diese vorliegt. Das Verfahren könnte aufschiebende Wirkung auf die Transporte haben. Verzögerungen könnten sich auch ergeben, weil im Sommer die Fußball-EM in Deutschland stattfindet, was die Verfügbarkeit der Polizei einschränkt.

Erdbebensicherheit bestätigt

Die Debatte um den Umzug der Castoren hatte 2014 Fahrt aufgenommen. Damals hatte die Atomaufsicht in NRW, die beim NRW-Wirtschaftsministerium liegt, die sofortige Räumung angeordnet, weil man der Auffassung war, dass das bestehende Lager schweren Erdstößen nicht standhalten würde. Die Erdbebensi-

cherheit war aber 2022 durch das BASE bestätigt worden. "Die Verfügung kann problemlos zurückgezogen werden", sagt Ausgestrahl-Sprecher Bauer. Damit gebe es keinen Grund mehr für eine schnelle Räumung durch die JEN und genügend Zeit, eine Einigung von Bund und Land NRW auf einen Neubau herbeizufüh-

ren.

Sollten die Transporte dennoch starten, sind offenbar massive Proteste programmiert: Die Bürgerinitiative in Ahaus hatte bereits angedeutet, dass mit Straßenblockaden zu rechnen sei.